

Imperialismus

Inhaltsverzeichnis

1. Außenpolitik und Imperialismus

1. Außenpolitik und Imperialismus

Bismarcks Außenpolitik konzentrierte sich nach den Kriegen der Reichsgründungszeit auf die Erhaltung des europäischen Friedens als Existenzgrundlage des neuen Reiches „in der Mitte Europas“. Ein massiver Kurswechsel erfolgte erst nach seiner erzwungenen Abdankung am 18.3.1890. Nun begann ein „Neuer Kurs“: Bündnisse wurden auf ihre Kriegstauglichkeit hin geprüft. Und Deutschland forderte einen „Platz an der Sonne“.



Parade am Tempelhofer Feld, Berlin. Deutschland. Photographie. 1908. (© picture-alliance, brandstaetter images/Austrian Archives | Anonym)

Zu Anfang war die Stellung des neuen Reiches „in der Mitte Europas“ noch durchaus ungewiss, und die Außenpolitik Bismarcks war vor allem darum bemüht, eine antideutsche Koalition der europäischen Mächte zu verhindern. Die Überlebensfähigkeit des neu gegründeten Nationalstaats hing jedoch nicht allein von den Möglichkeiten und Grenzen einer geschickten Außenpolitik ab. Ihre politische Bedeutung zeigte sich nicht zuletzt darin, dass Bismarck sie immer auch als einen Hebel begriff, um die innenpolitische Stabilisierung des Kaiserreichs zu betreiben. Nicht nur das in sich höchst widersprüchliche aristokratisch-bürgerliche "Bündnis zwischen Rittergut und Hochofen" (Bismarck) galt es durch außenpolitische Erfolge zu zementieren, sondern auch den Zusammenhalt eines neu zusammengefügteten, von vielfältigen ökonomischen, sozialen, kulturellen, konfessionellen und politischen Widersprüchen geprägten Nationalstaats. Die Außenpolitik des Kaiserreichs ist so – zeitgenössisch wie in der Forschung – auch unter innenpolitischen Perspektiven, ja unter einem „Primat der Innenpolitik“ (Eckart Kehr) betrachtet worden, nach dem außenpolitische Feindbilder und machtpolitische Erfolge nicht zuletzt einer Konsolidierung der inneren Ordnung dienen sollten.

Hegemoniale Konsolidierung unter Bismarck

Ihren vorläufig sinnfälligsten Ausdruck gewannen Bismarcks Bemühungen um eine Integration in die europäische Mächteordnung im September 1872, als sich Zar Alexander II., Kaiser Franz Joseph von Österreich und Kaiser Wilhelm I. zusammenfanden, um sich ihrer monarchischen Verbundenheit für "die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens gegen alle Erschütterungen" zu versichern. Das Treffen führte direkt zum so genannten Dreikaiserabkommen vom Juni bzw. Oktober 1873. Außenpolitisch diente es vor allem der Isolation Frankreichs, also jenes Landes, das nach der Niederlage gegen Preußen-Deutschland und der danach erzwungenen Abtretung Elsass-Lothringens sowie einer Reparationszahlung von 5 Milliarden Francs auf Revanche sann. Bereits im Sommer 1871 begannen französische Diplomaten mit der Annäherung an Russland. Vor allem dieser Entwicklung vermochte Bismarck mit dem Dreikaiserabkommen vorerst einen Riegel vorzuschieben. Überhaupt sollte die außenpolitische Isolation des als "Erbfeind" geltenden westlichen Nachbarn ein zentraler Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik bleiben. Schon das Krisenjahr 1874 zeigte allerdings, dass sich das deutsch-russische Verhältnis wieder abzukühlen begann und Frankreich auch weiterhin den Schulterschluss mit dem östlichen Nachbarn Deutschlands suchte.

Vor diesem Hintergrund versuchte Bismarck, die im Umfeld der Einigungskriege so erfolgreiche Strategie der Kriegsdrohung wieder aufzunehmen, um Frankreich einerseits in seinen Revanchekriegsgelüsten zu disziplinieren und andererseits unter den europäischen Mächten zu isolieren. In der „Krieg-in-Sicht-Krise“ des Jahres 1875

kulminierten diese Versuche – und scheiterten: Nachdem im März 1875 in Frankreich ein Gesetz erlassen worden war, das eine militärische Verstärkung zur Folge hatte, erschien am 8. April in der regierungsnahen Zeitung „Die Post“ –und wahrscheinlich mit Billigung Bismarcks ein Artikel unter der Schlagzeile „Ist der Krieg in Sicht?“ Zwar hegte Bismarck – anders als viele führende Militärs – nicht die Absicht, einen Präventivkrieg gegen Frankreich zu führen. Aber der Fall eignete sich in seinen Augen vorzüglich, um vor allem die Reaktionen Englands und Russlands zu erproben und nebenbei auch Österreich-Ungarn die militärische Entschlossenheit des Reiches zu demonstrieren.

Doch die unmissverständlichen Reaktionen Russlands und Englands, einen ähnlichen Krieg wie den 1870 herbeigeführten keinesfalls zu dulden bzw. durch ihr Nichteingreifen überhaupt erst zu ermöglichen, führten dem Reichskanzler eines deutlich vor Augen: Die Option Krieg kam nicht in Frage, um die europäischen Machtverhältnisse zu beeinflussen und die Existenz des Deutschen Reiches zu sichern. Was folgte, war eine „Politik der relativen Selbstbescheidung“ (Jost Dülffer), ja, die Entdeckung eines „Bewegungsgesetz(es), nämlich durch kontrollierte Benutzung machtpolitischer Rivalitäten Ausgleich zu schaffen und durch gezügelte Pflege internationaler Spannungen Frieden zu stiften“ (Klaus Hildebrand). Das mag etwas zu idealistisch formuliert sein, charakterisiert aber den Grundcharakter der hegemonialen Sicherungsversuche in den 1870er und 1880er Jahre recht präzise.



Das Reich ist saturiert

Die neu gewonnenen Erkenntnisse zu erproben, boten die offene orientalische Frage – womit nichts anderes gemeint ist als der allmähliche Verfall des Osmanischen Reiches und die daraus resultierenden Gebietsansprüche der europäischen Mächte – und eine der vielen Balkan-Krisen eine erste Gelegenheit. Seit dem Sommer 1875 hatten Aufstände gegen die türkische Herrschaft auf dem Balkan zugenommen. Direkt betroffen waren hier aber auch die Interessen Russlands und Österreich-Ungarns und – nachdem der Zar am 24. April 1877 einen Krieg gegen die Türkei begonnen und am 3. März 1878 mit einem Diktatfrieden beendet hatte – auch englische Ambitionen zu berücksichtigen. Seit dem Krimkrieg (1853-1856), der ebenfalls als russisch-türkischer Krieg begonnen hatte und in dem schließlich der religiös instrumentalisierte Eroberungswillen Russlands auf den entschiedenen Widerstand Englands und Frankreichs gestoßen war, drohte jeder Konflikt in dieser Region zum europäischen Krieg zu werden.

Auf dem Berliner Kongress (13. Juni bis 13. Juli 1878), der als Forum für die Beendigung der Krise einberufen worden war, gelang es Bismarck als „ehrlicher Makler“ aufzutreten und zwischen den beteiligten Mächten erfolgreich zu vermitteln. Dabei folgte er jenen Prinzipien, die er ein Jahr zuvor während einer Kur in Bad Kissingen als Aktennotiz diktieren hatte („Kissinger Diktat“, vgl. Dokumente). Nicht das Zukunftsbild „irgend eines Ländererwerbs“ schwebte ihm vor, „sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden.“ Die Grundlage dafür bildete ein komplexes Bündnissystem, das schließlich im Dreibundvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien (20.5.1882) gipfelte und später durch den Rückversicherungsvertrag mit Russland (18.6.1887) ergänzt werden konnte. Er enthielt eine beidseitige Neutralitätsverpflichtung im Verteidigungsfall und in geheimen Zusatzprotokollen Russland zugestandene territoriale Ansprüche im Mittelmeerraum und auf dem Balkan.

Die außenpolitischen Ambitionen Bismarcks konzentrierten sich deshalb auf die Erhaltung des europäischen Friedens, weil ein Krieg das Reich zerstören würde. „Wir haben“, so führte er in einer Reichstagsrede am 11. Januar 1887 aus, „keine kriegerischen Bedürfnisse, wir gehören zu den – was der alte Fürst Metternich nannte: saturierten Staaten, wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten“. Das hieß allerdings nicht, dass das Schwert für einen möglicherweise doch kommenden Krieg und für die Abwehr innerer ‚Feinde‘ nicht scharf gehalten werden sollte. Noch unter Bismarck und von ihm unterstützt wurden in den Jahren 1887 und 1890 zwei Wehrvorlagen verabschiedet, die zusammen mit der von 1893 fast zu einer

Verdoppelung der personellen Heeresstärke führten.

Die neue Außenpolitik

Nach der erzwungenen Abdankung Bismarcks (18.3.1890) erfolgte eine scharfe Wende in der deutschen Außenpolitik. Der junge, nach dem Tod seines Vaters und Großvaters inthronisierte Kaiser Wilhelm II. (15. Juni 1888) berief am 23. März 1890 den General der Infanterie Leo von Caprivi (1831-1899) zum neuen Reichskanzler. Mit ihm sollte ein „Neuer Kurs“ in der Außenpolitik gefahren werden, der die als stagnierend wahrgenommene, zugleich immer undurchsichtiger und widersprüchlicher gewordene Diplomatie Bismarcks in Bewegung zu bringen hatte. Das vorhandene Bündnissystem wurde nun nach einem Wort des Historikers Klaus Hildebrand weniger auf seine Friedens- als auf seine Kriegstauglichkeit hin beurteilt. Da sich die neue deutsche Führung aber mittlerweile einen Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Russland durchaus zutraute, Russland dagegen misstrauisch gegenüberstand und den zur Verlängerung anstehenden Rückversicherungsvertrag mit dem Zarenreich als unvereinbar mit den Prinzipien des Dreibunds interpretierte, ließ man ihn im März 1890 auslaufen. Die Wendung gegen Russland sollte durch eine Annäherung an England und durch den Ausbau und die Stabilisierung des Dreibundes – vor allem durch Handelsverträge – ausgeglichen werden. Sie führte jedoch in eine neue Form der Blockkonfrontation, in der das Kaiserreich schließlich allein im Zweibund mit Österreich-Ungarn der Entente aus England, Frankreich und Russland gegenüberstand.

Faktorei in Lomé, Togo, um 1895.

[In Lightbox öffnen](#)

Faktorei in Lomé, Togo, um 1895. (© picture-alliance/akg)

Dies alles geschah in einer Zeit, als global der Übergang zu einem forciert betriebenen Imperialismus unübersehbar geworden war. Nachdem Bismarck anfangs eher zögerlich und aus sozialimperialistischen, der nationalen Integration verpflichteten Erwägungen die Einrichtung deutscher Schutzgebiete vor allem in Afrika (Deutsch-Südwestafrika, Deutsch-Ostafrika, Kamerun) unterstützt hatte, trat das imperialistische Weltmachtstreben auch in Deutschland bald immer deutlicher in den Vordergrund. Es ging in der Politik nach Innen mit einer zunehmenden Zentralisierung und Kartellbildung der prosperierenden Wirtschaft einher, die ihr industrielles Produktionsvolumen binnen weniger Jahre bedeutend steigern konnte. Die Erschließung von Absatzmärkten, aber auch die Absicherung von Rohstoffquellen und damit die Zukunft der Wirtschaft und des Wohlstands hingen, so meinten viele Meinungsführer und Entscheidungsträger, von einer forcierten Expansion Deutschlands nach Übersee ab, die mit einem staatlichen geförderten Kolonialismus zugleich imperiale Weltmachtträume befeuern konnte. „Weltpolitik“ lautete die nicht zuletzt mit dem jungen Kaiser Wilhelm II. verbundene Parole der Zeit, unter der sich sowohl der monarchische Staat als auch die bürgerliche Gesellschaft zusammenfinden konnten. Da das Kaiserreich bei seinen weltpolitischen Aktivitäten jedoch fast überall auf bereits etablierte Kolonialreiche seiner europäischen

Nachbarn traf, waren damit vielfältige außenpolitische Konflikte vorprogrammiert.

Wilhelminismus und Weltpolitik

Wilhelm II, dessen Anspruch auf ein "persönliches Regiment" der Epoche den Stempel aufdrückte, war nicht allein ein begeisterter Außenpolitiker, er engagierte sich auch von Anfang an für eine nach Expansion und Kolonialbesitz strebende Weltpolitik. Im Tagesgeschäft wurde er von den jeweiligen, für die Außenpolitik zuständigen Kanzlern und den Staatssekretären des Auswärtigen beraten und gelenkt. Zur unübertroffenen Meisterschaft darin brachte es Bernhard von Bülow (1849 – 1929), der 1897 zum Staatssekretär des Äußeren und drei Jahre später zum Reichskanzler berufen wurde. Namentlich in der Frage der Modernisierung und des Ausbaus der Kriegsmarine trafen von Bülow und der 1897 als Staatssekretär des Reichsmarineamts berufene Admiral Alfred von Tirpitz (1849 – 1930) beim marinebegeisterten Kaiser auf offene Ohren. Spätestens seit Mitte der 1890er Jahre blieb dessen außenpolitische Vorstellungswelt beherrscht vom Bau neuer Kriegsschiffe und einer offensiven Seestrategie.

Er reagierte damit auch auf eine öffentliche Meinung und deren wachsende Bedeutung: Vor allem in den bildungs- und wirtschaftsbürgerlichen Schichten des Kaiserreichs, den eigentlichen Trägern eines überschießenden Nationalismus, brach sich die ungehemmte Begeisterung für die neue Flottenpolitik Bahn, die gleichermaßen den Status einer Weltmacht gegen England sichern wie ein großes deutsches Kolonialreich errichten sollte. Außenpolitisch führte der vom Kaiser gebilligte, von Bülow vertretene und von Tirpitz nicht zuletzt mit dem Ziel einer innenpolitischen Integration der auseinandertreibenden gesellschaftlich-politischen Kräfte konzipierte Aufbau einer Schlachtflotte – die im Innern mit einer bis dahin unbekannten propagandistischen Mobilisierung der öffentlichen Meinung und Einschränkungen des parlamentarischen Budgetrechts verbunden war – in erster Linie zu einer massiven deutsch-britischen Rivalität. Darüber hinaus setzte sie einen schließlich alle Mächte erfassenden maritimen Rüstungswettlauf in Gang, die sich im Bau immer stärkerer Schlachtschiffe zu übertreffen versuchten.

Der deutsche Kolonialismus

Die Kolonialherrschaft des Kaiserreichs hat in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft lange eine untergeordnete Rolle gespielt und ist erst im Zeichen „postkolonialer“ Perspektiven in den Mittelpunkt von Forschung und öffentlichen Debatten gerückt. Sein koloniales Reich bestand seit den 1880er Jahren aus verstreuten „Schutzgebieten“ in den afrikanischen Kolonien Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia), Deutsch-Ostafrika (heute Tansania, Burundi und Ruanda), Togo und Kamerun sowie dem zur Musterkolonie erklärten nordchinesischen Marinestützpunkt Kiautschou und den pazifischen Inselgruppen Deutsch-Neuginea und Deutsch-Samoa. Zweifellos war der deutsche Kolonialismus für manche Unternehmen ertragreich, und er hat darüber hinaus die Phantasien vieler Menschen von Abenteuer, Macht und deutscher Größe beherrscht. Doch in der Realität war nur eine kleine Zahl von deutschen Siedlern beteiligt, und für das Reich wurde die Kolonialherrschaft zu einem

Zuschussgeschäft, das viele Finanzmittel und Energien verschlang. Desaströs waren die Ergebnisse dagegen für die indigene Bevölkerung. Die zivilisatorischen Errungenschaften, die nach der Kolonialpropaganda die deutsche Kultur den „Eingeborenen“ bringen sollte, blieben, wenn überhaupt, bescheiden, während nicht nur die von rassistischen Überlegenheitsvorstellungen angeleitete Beherrschung und ökonomische Ausbeutung, sondern auch die Korruption und Zerstörung der indigenen Lebensformen ebenso menschenverachtende wie destruktive Formen annahm.

In Deutschland wurden die Kolonialverbrechen vor allem durch die Sozialdemokraten publik gemacht und angeprangert. Besonderes Aufsehen erregte 1894 die „Peitschenrede“ des SPD-Vorsitzenden August Bebel, der im Reichstag eine „Nilpferdpeitsche“ präsentierte, mit der deutsche Kolonialbeamte nackte Afrikanerinnen auspeitschen ließen. Die Verbindung von rassistischer Gewalt und Sexismus diente zweifellos der beabsichtigten Empörung, doch war sie durchaus real und durchzog auch die weiteren Debatten im Reichstag und der deutschen Öffentlichkeit über skandalöse koloniale Gewaltpraktiken und Strafmaßnahmen. Körperliche Bestrafungsformen wurden daraufhin offiziell beschränkt, doch im Zusammenhang der folgenden kolonialen Militäraktionen setzten sich auch in der deutschen Öffentlichkeit wieder rassistische Deutungsmuster durch. Am Anfang stand 1900 die Entsendung eines deutschen Marineverbandes nach China, als die vereinten europäisch-amerikanischen Kolonialmächte angesichts des sog. Boxer-Aufstands eine gemeinsame Strafexpedition beschlossen. In seiner berühmt-berüchtigten Hunnenrede forderte Wilhelm II. die deutschen Soldaten auf, mit Gewaltmaßnahmen wie der Hunnenkönig Etzel dafür zu sorgen, „dass es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen“. Zwar kam das deutsche Expeditionskorps zu spät, um noch in die bereits entschiedenen Kriegshandlungen eingreifen zu können. Doch trotzdem praktizierten sie unter der Zivilbevölkerung eine Gewaltherrschaft, der viele Chinesen zum Opfer fielen.

Der immer wieder aufflackernde Widerstand in den afrikanischen Kolonien kulminierte im frühen 20. Jahrhundert in zwei großen Aufstandsbewegungen, die von den deutschen Kolonialtruppen auf brutale Weise niedergeschlagen wurden. Wenig Aufmerksamkeit hat bis heute der „Maji Maji-Aufstand“ von 1905 bis 1907 in Deutsch-Ostafrika gefunden, bei dessen Niederschlagung nach Schätzungen etwa 300.000 Menschen umkamen. Immer nachdrücklicher in das heutige politische Bewusstsein ist dagegen der sog. Hererokrieg von 1904/5 getreten, dessen brutale militärische Unterdrückung inzwischen als erster Genozid des an Völkermorden reichen 20. Jahrhunderts angesehen wird. Die Völker der Herero und Nama hatten sich nach Vertreibungsmaßnahmen der deutschen Kolonialherren erhoben und wurden nach anfänglichen Erfolgen militärisch besiegt. Der zwischenzeitlich eingesetzte Kommandeur Lothar von Trotha ließ das ganze Volk der Herero in die anschließend abgeriegelte Omaheke-Wüste treiben, wo die meisten verdursteten oder verhungerten. Nach seinem Befehl vom 2. Oktober 1904 wurde „jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf und treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen“.

Zwar traf diese Rache- und Vernichtungspolitik im Reich zunehmend auf Kritik und Trotha wurde schließlich abberufen; doch als Ende 1906 SPD und Zentrum im Reichstag die Bewilligung weiterer Finanzmittel für die Kriegsführung in Deutsch-Südwest verhinderten, löste die Regierung den Reichstag auf und nutzte dies, um in den propagandistisch aufgehetzten „Hottentottenwahlen“ gegen die „inneren Feinde“ neue parlamentarischen Mehrheiten zu schaffen. In „Deutsch-Südwest“ waren große Teile der Herero bereits ums Leben gekommen, bevor die Überlebenden ähnlich wie die Nama in Zwangsarbeitslager gesperrt wurden. Von der neueren Forschung ist diese Vernichtungspolitik in eine Entwicklungslinie „von Windhoek nach Auschwitz“ (Jürgen Zimmerer) eingeordnet worden. Doch jenseits der Empörung über eine Politik des genozidalen Massenmordes sind bisher kaum eindeutige historische Verbindungen aufgezeigt worden, die vom kolonialen Genozid an den Herero und Nama zum Holocaust und anderen nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen geführt haben. Ob diese auf einen spezifisch kolonialistisch-genozidalen Rassismus zurückgeführt werden können, muss deshalb fragwürdig bleiben.

Deutsche Machtpolitik zwischen „Politik der freien Hand“ und „Einkreisung“

Die koloniale Expansion des Kaiserreichs traf in der Weltpolitik überall auf Widerstände und rief vielfältige Konflikte hervor. Denn die Suche nach einem „Platz an der Sonne“ begann zu einer Zeit intensiver zu werden, da die überseeische Welt unter den etablierten Kolonialmächten bereits weitgehend aufgeteilt war und das Deutsche Reich auch im „Wettlauf um Afrika“ von Anfang an keine guten Karten hatte. Daran konnte auch die von Bismarck einberufene Berliner Kongo-Konferenz der imperialistischen Mächte wenig ändern, die 1894/95 nur Einigungen über den zentralafrikanischen Kongo ohne deutsche Zugewinne erbrachte. In Nordafrika stießen die deutschen Ambitionen auf etablierte französische Interessen, die Orientpolitik des Reiches rief englische Befürchtungen und Widerstände vor allem gegen das Projekt einer von deutschen Unternehmen initiierten Bagdadbahn hervor. Die diplomatischen Konflikte, die dadurch ausgelöst wurden, wogen schwerer als der vermeintlich gestärkte Weltmacht-Status, zumal die von Berlin verfolgte „Politik der freien Hand“ nach Außen – die in der Forschung bereits früh als eine Art bindingsloses Torkeln, als „springende Unruhe“ zwischen den Großmächten Russland und England charakterisiert wurde (Hermann Oncken) – die bündnispolitische Position des Reiches deutlich schwächte. Als verlässlicher Bündnispartner blieb allein die schwächelnde Doppelmonarchie Österreich-Ungarn übrig.

Dennoch gab es 1898 nochmals eine Chance zur Verständigung mit England. Der britische Kolonialminister Joseph Chamberlain (1836 – 1914) unterbreitete dem deutschen Botschafter in London, Paul Graf von Hatzfeld (1831 – 1901), den „Wunsch“ nach einem Vertrag mit dem Dreibund. Überzeugt, dass England sich weltpolitisch zu überheben drohte und deshalb nach Bündnispartnern suchen müsse, war das Angebot durchaus ernst gemeint. Doch es wurde von der deutschen Regierung nicht einmal ernsthaft geprüft. In der Wilhelmstraße war man fest davon überzeugt, die durch den vermeintlich unüberbrückbaren Gegensatz zwischen England und Russland garantierte

und durch die kolonialen Konflikte zwischen England und Frankreich noch verstärkte außenpolitische Handlungsfreiheit beibehalten zu können.

Doch anders als in Berlin erwartet, legten England und Frankreich am 8. April 1904 ihre kolonialen Konflikte bei und verbanden sich zur Entente cordiale. Diese konnte auch durch die von Deutschland provozierten zwei Marokko-Krisen der Jahre 1905/06 und 1911 nicht mehr aufgebrochen werden. Schließlich verständigten sich auch Russland und England: Am 31. August 1907 einigten sich beide Mächte über ihre Interessensgebiete in Asien und im Nahen Osten. Schnell war klar, dass sich damit die Entente cordiale zur Triple-Entente entwickelt hatte. Bis zum Amtsantritt von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg (1856 – 1921) im Jahre 1909 bestand die außenpolitische Reaktion Deutschlands auf diese als „Einkreisung“ verstandenen Bündnis-Entwicklungen vor allem darin, einen noch engeren Schulterchluss „in treuem Zusammenstehen“ (Bernhard von Bülow) mit Österreich-Ungarn zu suchen. Die schwächelnde Position der habsburgischen Doppelmonarchie auf dem Balkan sollte unter allen Umständen gesichert werden.

Am Ende der Amtszeit Bülows war man auf der Einbahnstraße der selbst verschuldeten außenpolitischen Isolierung weit vorangekommen. Das noch Bismarck wie einen Alp belastende Schreckensbild eines Zweifrontenkrieges konnte Wirklichkeit werden. Und über den „Erbfeind“ Frankreich und das zum Feindbild geronnene Zarenreich hinaus zählte nun auch die „Händlernation“ Großbritannien, provoziert durch den deutschen Schlachtflottenbau, als vermeintlicher Drahtzieher einer antideutschen „Einkreisung“ zu den deutschen Feindbildern und möglichen Gegnern in einem großen europäischen Krieg. Dem neuen, 1909 berufenen Reichskanzler Bethmann Hollweg gelang es zwar im gemeinsamen Krisenmanagement mit England, die Balkankriege von 1912/13 zu lokalisieren. Doch die Idee, die „Einkreisung“ durch eine Flucht nach vorn in einen vermeintlichen Präventivkrieg aufzubrechen und so zugleich eine innere Stabilisierung der zunehmend bedroht erscheinenden Herrschaftsordnung des Kaiserreichs bewirken zu können, gewann insbesondere in Militär- und Staatsführung, aber auch in der Öffentlichkeit immer mehr Befürworter.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Ulrich Bernd u. Kruse, Wolfgang: Außenpolitik und Imperialismus, in: bpb.de (Bundeszentrale für politische Bildung) online verfügbar seit 04.02.2026 unter:

<https://www.bpb.de/themen/kolonialismus-imperialismus/kaiserreich/139653/aussenpolitik-und-imperialismus/>, zuletzt geprüft am 30.08.2026.

->

->

Sekundärliteratur

->

->

->

Revision #2

Created 30 August 2026 14:18:14 by Marlon Zimmermann

Updated 30 August 2026 14:23:39 by Marlon Zimmermann